

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Dezember 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Veramntungs-, Vergütungsinserte ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 142

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Papiernot und Papierverfeuerung, VI.—XIV. — „Sufdruckpreise — hohe Löhne.“ — Verbandsmitglied und Galter.  
**Korrespondenzen:** Wachen. — Wille.  
**Anschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Brand der Deutschen Nationalbibliothek in Göttingen. — Papierparnis an Lebensmittelkarten. — Arthur Stadthagen †. — Feuerungsanlagen und Vertragsverlängerung im Baugewerbe. — Volksbund für Freiheit und Vaterland.

## Papiernot und Papierverfeuerung

### VI. Keine Erhöhung der Zeitungspapierproduktion.

Die „Zeitungsvorlag“ schreibt, hat am 22. November eine Sitzung des Beirats der Kriegswirtschaftsstelle stattgefunden. Mit allem Nachdrucke wäre die Frage der Hebung der Druckpapiererzeugung erörtert worden. Die Umfangseinschränkung vieler Zeitungen sei so stark, daß eine im öffentlichen Interesse gelegene volle publizistische Auswirkung behindert werde und ein unerträglicher Zustand eingetreten sei. Die auf Nachdruckpapier angewiesenen Verleger wären besonderen Bedrängnissen ausgesetzt. Die Vertreter der Kriegsamtsstellen und der Papierfabriken betonten demgegenüber die außerordentlichen Schwierigkeiten in der Papiererzeugung. Bei den zur Verfügung stehenden Rohmaterialien, Betriebsstoffen, und Arbeitskräften dürfe eine irgendwie nennenswerte Zunahme der Erzeugung für die nächste Zeit nicht erwartet werden, vielmehr könnte der Winter noch eine starke Vermehrung der Schwierigkeiten mit sich bringen. Der „Zeitungsvorlag“ nennt dieses Bild von der Papiererzeugung sehr unerschrocken (wo mit er leider der Wirklichkeit noch nicht nahe genug kommt). Die zuständigen Stellen müßten dafür sorgen, daß durch Inbetriebhaltung und Inbetriebsetzung aller belegbaren Papiermaschinen, durch Personalstellung und Oeffnung der erforderlichen Transportmittel wenigstens das jetzige Papierkontingent der Zeitungen voll und rechtzeitig geliefert werden könne. Der jetzige Zustand dauernder Unsicherheit zehre an der Leistungsfähigkeit der Presse, der Verleger wie der Redakteure.

Nach den zur Genüge gemachten Erfahrungen wird das Ergebnis dieser Beratung eine weitere Verschlechterung der Papierbelieferung der Zeitungen (und damit auch sonst) sein. Was ist der Presse alles schon versprochen worden? Das einzige, was Tatsache wurde, war und ist sorgfältige Verschlimmerung! Man sollte doch wirklich meinen, der große Mangel an Rohmaterialien, an Zellulose — ein Kapitel, das im weitern besondere Behandlung erfahren wird —, an Saft und Kohle wie auch an geeigneten Arbeitskräften müßte auch stark bei der Fabrikation von Papiergewebe in die Erscheinung treten. Davon ist jedoch nichts zu vernehmen. In diesen Artikeln ist vielmehr die Produktion ungeheuer groß, und die Papierfabriken machen darin glänzende Geschäfte. Es wird hier sogar zweifelt erzeugt! Die mittelschlechten Zeitungsvorleger haben unlängst in einer Versammlung einen Protest gefaßt gegen die zum Teil direkt überflüssige Herstellung von Papiergewebestoffen. Dieser Standpunkt deckt sich mit dem von untrer Breslauer Kollegenschaft eingenommenen (Nr. 133, Abschnitt IV) und ist auf die von der Breslauer Papiergewebestoffe gewonnene Erkenntnis zurückzuführen. Der sächsischen Zeitungsvorlegerverein, der sehr enge Fühlung mit den großen Bedeutungen habenden Papierfabriken in Sachsen hat, die bei voller Produktionsmöglichkeit sämtliche Zeitungen im Reich mit Papier versorgen könnten, erklärte auf seiner letzten Tagung, der Bedarf an Kohle von Seiten der Zeitungspapierfabriken sei geradezu winzig im Verhältnis zum Kohlenverbrauch im allgemeinen! Trotzdem können die Zeitungspapierfabriken nicht mit dem Notwendigsten versehen werden, während es für die Erzeugung von Papiergewebe anscheinend an nichts gebricht.

Der Zeitungsvorlegerverein veröffentlicht seit einiger Zeit Wochenberichte über seine Tätigkeit in seinem Organ. Es muß anerkannt werden, daß die Zeitung die größten

Anstrengungen macht und rastlos tätig ist, zur Behebung oder Milderung der immer größer werdenden Schwierigkeiten beizutragen. Aber es macht sich doch notwendig, noch andre Wege zu gehen. Öffentliche Proteste gegen die Behandlung der Presse als Minderbrüder müßten nebenhergehen, und die Reichstagsfraktionen sollten zu fortgesetzten Interpellationen bzw. kleinen Anfragen in Anspruch genommen werden. Der Anfang ist damit schon vor längerer Zeit gemacht worden, die Notlage zwingt zu ständiger Wiederholung. Nicht notwendig ist dagegen, daß man den feindlichen Brüdern in Berlin, die ihren Schmerzen in der Tagespresse mit weniger Zurückhaltung Ausdruck zu geben pflegen, bei jeder passenden Gelegenheit Strafpredigten hält über die Art ihres Vorgehens oder ihnen Sonderinteressen unterstellt. Wer den Behörden und den kriegswirtschaftlichen Stellen gegenüber nicht mit der erforderlichen Zivilcourage auftritt, wird immer das Nachsehen haben. Die Lehre hat sich doch schon tausendfältig ergeben!

### VII. Umfang und Aussehen der Tagespresse.

Deutschland steht sonst an der Spitze mit seiner Papiererzeugung und hat vordem, sogar noch längere Zeit während des Krieges, einen großen Papierexport gehabt. Jetzt kann nicht einmal die volle Belieferung innerhalb des sehr kargen Kontingents mehr ermöglicht werden. Die Berliner Presse, und hier wieder die Riesenvorlage in erster Linie, ist am schlimmsten daran. Der „Zeitungsvorlag“ schrieb zu Anfang November, es sei dies auf die Abhängigkeit der sächsischen Papierfabriken zurückzuführen, die unter dem Mangel an böhmischer Braunkohle zu leiden hätten, sowie auf besondere Transport Schwierigkeiten nach Berlin infolge Verstopfung der Luhebahnhöfe. Nun, wenn die Berliner Zeitungen andre Bezugsquellen hätten, würde es bei ihrem enormen Bedarf an Papier gewiß auch nicht anders sein. Es ist obendrein seitdem nicht besser, sondern schlechter geworden. Das „Berliner Tageblatt“ brachte am 1. Dezember eine Mitteilung, daß es infolge der störenden Papierlieferung fast alle Inserate habe fortlassen müssen, um nur in äußerst dürftigem Zustand (acht Seiten Morgenblatt) erscheinen zu können. Es heißt weiter:

Alle Bemühungen, auch das bescheidende, bei der Kontingentierung uns zugefallene Papierquantum zu erhalten, sind vergeblich gewesen. Nach wie vor wird es gerade den großen Berliner Zeitungen unmöglich gemacht, den berechtigten Interessen der Allgemeinheit in der unbedingt erforderlichen Weise zu dienen.

Ein solcher Mangel ist in Berliner Blättern nichts Seltenes mehr. Die „Vossische Zeitung“ konnte am 25. November, einem Sonntag, nur in acht Seiten erscheinen. Der „Berliner Lokalanzeiger“ mußte am gleichen Tag 18 Seiten Anzeigen zurückstellen, zu welchem verlustvollen Auszuge auch andre Berliner Blätter in ähnlich großem Umfange schon häufiger schreiben mußten. Im Oktober hatte die Vereinigung großstädtischer Zeitungsvorleger den Reichskanzler von der Zwangsmaßnahme unterrichtet, daß, wenn Mitglieder nicht bis 1. Uhr mittags ein gewisses Mindestquantum für die andre Morgennummer haben würden, auch die Blätter der andern ausfallen müßten. Seltsamer hat sich aber dadurch nicht imponieren lassen, wie er ja der Presse überhaupt nicht wohlwogen war.

Im Reich hat es namentlich die kleine Presse schwer, das ihr zustehende Papier zu erhalten, weingleich diese Not sich nicht überall gleich äußert. Nur wenige Stichproben aus den letzten Wochen: Die „Rheinische Zeitung“ (Köln) erscheint meistens in einem zweifelhafte Hauptblatt und einer zweifelhafte Beilage wegen Mangels an großen Rollen. Die „Melscheder Zeitung“ wurde mehr als zwei Wochen auf latiniertem, dann auf rosa Papier gedruckt, der „Brandenburger Anzeiger“ in der gleichen Farbe, das „Verordnungs- und Anzeigenblatt für Seppenhelm“ vorübergehend auf gelbem, die „Waldeckische Landeszeitung“ in Korbat auf grauem, das „Mittener Kreisblatt“ auf blauem, das „Häckerländer Kreis- und Tageblatt“ auf violett, die „Beelzig-Reetz-Wielenburgische Zeitung“ auf rotem, desgleichen die „Böhmezeitung“ in Sösa, der „Weser An-

zeiger“ auf Pergamentpapier und als Beispiel das „Einbecker Tageblatt“ nacheinander auf violett, hellgrauem und blauem Papier. Man kann jetzt also buchstäblich von einer in allen Farben schillernden Presse sprechen. Sand in Sand mit diesen krautigen Notbehalten geht vielfach die Verringerung des Umfanges auf zwei Seiten. Verschiedentlich konnte auch nur ein Teil der Auflage gedruckt werden. Mehrfach ist es zu fageweitem Ausfallen gekommen. Davon wurde auch die größere Provinzpresse betroffen. Zum Beispiel erschien die „Srierische Landeszeitung“ am 30. Oktober nur in zwei Seiten, die Abendausgabe fiel ganz aus, am andern Tage konnten beide Ausgaben nicht herausgebracht werden. Zu allem kommt es in zunehmendem Maß auch durch Schließungen von Gas- und Elektrizitätswerken infolge Kohlenmangels zu Störungen im Erscheinen der Tagespresse.

Es ist ein jammervolles Bild, das sich so bietet. Bemerkenswerterweise wird gerade in den (manchmal sich recht drastisch äuernden) Kreisversammlungen der Zeitungsvorleger die Meinung verfochten, die Papierkatastrophe hätte sich doch abwenden lassen. Wir glauben indes, sie kommt erst noch richtig, und können deshalb nur wieder raten, die Behörden in allem mehr die Macht der Presse fühlen zu lassen. Man hat eben für die vielen Mitteilungsbedürfnisse der amtlichen Stellen, auch der höchsten, unter solanen Umständen keinen Raum! So könnte man sich schließlich mehr Berücksichtigung erzwingen, wenn auch dann auf Grund der wirklichen, nicht der durch ungleiche Behandlung gedachter Art geschaffenen Verhältnisse noch dieses in Kauf genommen werden müßte.

### VIII. Weitere Ershwerung der Papierbeschaffung für Buchdruckwerke.

Das früher schon erwähnte Verfahren, das Kriegsamtsstellen über den Papierbedarf für Druckereien (nicht Zeitungen) bestimmen, scheint sich ausgedehnt zu haben. Die „Zeitschrift“ brachte jüngst einen Artikel darüber mit der Bestimmung, „auf ein die Buchdruckereien sehr gefährdendes, geradezu schändliches anmutendes Verfahren einmal öffentlich hinzuweisen“. Nach verschiedentlichen Mitteilungen an die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Buchdruckervereins handelt es sich darum, daß Papierhandlungen und Papierfabriken bei Aufgabe von Bestellungen eine Versicherung an Eides Statt verlangen, wonach der betreffende Papierbedarf ausschließlich für dringenden Seeresbedarf bestimmt ist. Der Besteller muß sich auch bereit erklären, einem Beamten der Kriegsamtsstelle den Beweis für die Richtigkeit seiner Angaben zu erbringen, oder es wird von Seiten der zuständigen Militärbehörde eine Beglaubigung der eidesstattlichen Versicherung verlangt. Der Deutsche Buchdruckerverein hat sich darauf an den Reichsausschuß für Druckgewerbe, Verlag usw. gewandt, desgleichen an die Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe. Von letzterer wurde geantwortet, daß die Papierfabriken und Papierhandlungen zu den abgeforderten Erklärungen keine amtliche Ermächtigung besitzen, eine derartige behördliche Anordnung sei nicht ergangen! Der Vereinsvorstand richtete nunmehr je eine Eingabe an die Kriegswirtschaftsstelle im preußischen Kriegsministerium sowie an das Kriegsamtsamt in Berlin des Inhalts, daß Papierlieferungen für Buchdruckereien dem Seeresbedarfe gleichgestellt werden möchten, daß ferner die Papierfabriken für die Herstellung von Druckpapier die dazu benötigten Materialien erhalten bzw. die Kriegsamtsstellen und Kohlenausgleichstellen den Papierfabriken die erforderlichen Kohlenmengen zuweisen, ohne daß für jeden Einzelfall ein Seereschein vorgelegt zu werden brauche. Ein Erfolg ist noch nicht zu verzeichnen, es ist eher eine Verschärfung in dem schändlichen Verfahren eingetreten. Die Bemühungen auf Abhilfe werden aber fortgesetzt.

Der Buchdruck kritisiert nur noch ein kümmerliches Dasein. Wenn es aber nach der Methode der auch sonst wenig glücklich operierenden Kriegsamtsstellen weitergehen soll, die anscheinend von den Papierfabrikanten und -lieferanten noch übertrumpft wird, dann gibt es außer den eine krautige Griffens führenden Zeitungen und Zeitschriften

bloß noch befördliche Arbeiten. Damit wäre der Buchdruck in ganz bedenklichem Maße brachgelegt. Es soll nicht bekräftigt werden, daß noch einzulösen ist beim Papier für Druckzwecke. Zum Beispiel wird es kein Schaden für die Öffentlichkeit sein, wenn der in Dresden heimischen Schindlertat das monatliche Bezugsrecht von über 70000 kg Papier bedeutend reduziert werden würde. Dagegen sollte nur geltend gemacht werden, was man sonst an Schwierigkeiten zu machen versteht.

Gegen die geschärfte Erziehung der Papierbeschaffung muß aber schärfter Protest eingelegt werden, denn sie führt zur Rahmlegung unsres Gewerbes. Dabei wollen die maßgebenden Stellen gar nichts wissen von den in Ausführung befindlichen Anordnungen!

In der „Buchdruckwoche“ delakie sich neulich schon ein Prinzipal mit der Frage, was mit den Bezahlungen werden solle, denn die allgemeine Papiernot werde demnach zur Schließung des größten Teiles der Druckereien zwingen; die Gesellen usw. müßte man leider entlassen. Das wird nun schon zum Diskussionsstoff in der Fachpresse! Arbeitslosigkeit bei härkstem Personalmangel — ist so etwas überhaupt denkbar? Muß ein solches Vergehen der Kriegswirtschaft nicht unerhört genannt werden? Und das trotz der gerade genug vorhandenen amtlichen Stellen, Kommissionen und Ausschüsse! Die Eingabe des Tarifamts an den Reichskanzler in bezug der Papiernot wird noch nicht der letzte Schritt sein, der unternommen werden muß, um die Gefahr nicht noch größer werden zu lassen.

### IX. Schädigung und Abwehr des Verlagsbuchhandels.

Mitte November wurde im sächsischen Landtag über eine Interpellation der konservativen Partei verhandelt. Die Kohlenfrage wurde — nicht mit vollem Rechte — als Angelpunkt der Papierherstellung jetzt bezeichnet und eine Änderung des Verteilungsschlüssels gefordert, um dem Leipziger Verlagsbuchhandel zu helfen. Von dem national-liberalen Abgeordneten Dr. Nießhammer, einem Hauptvertreter der sächsischen Papierindustrie, kamen das Ausbleiben der böhmischen Kohle und die große Trockenheit im letzten Sommer als ungünstige Momente zur Erwähnung; es wundert von ihm aber auch schwere Fehler in der Bewirtschaftung der Papierindustrie behauptet. Worin diese beständen, konnten wir aus dem sehr gedrängten Parlamentsberichte nicht ersehen; in dieser Beziehung kommt ja die Öffentlichkeit jetzt fast immer zu kurz. Ein sozialdemokratischer Vertreter wandte sich gegen das fortwährende Ändern der Schulbücher Ausgaben, was arme Eltern gegenwärtig doppelt empfinden und jedenfalls schlecht in Einklang zu bringen ist mit der Papiernot. Er lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung noch auf die hohen Papierpreise. Der Minister des Innern führte die erforderlichen Erklärungen auf die schwierige Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe zurück, konnte aber erklären, daß die sächsische Regierung bereits in Berlin vorstellig geworden sei wegen besserer Belieferung des wissenschaftlichen und des Schulbücherverlags. Bekanntermachen haben Vorstellungen von sächsischer Seite bei den Reichsstellen wenig Erfolg — das Trauerspiel der Volksernährung ist dafür Beweis genug —, aber es soll abgewartet werden, bis deutlichere Anzeichen für den Ausgang der Angelegenheit vorliegen.

Über die „Stilllegung des Zeitschriften- und Buchverlags durch den Kohlenkommissar“ konnte man vor etwa sechs Wochen im „Berliner Lokalanzeiger“ wie in der „Vossischen Zeitung“ eine alarmierende Notiz lesen. Die Sache verhielt sich jedoch anders: Der Kohlenkommissar hatte eine große Fabrik darauf aufmerksam gemacht, daß in Hinblick auf die fast volle Kohlenzufuhr die völlige Befriedigung des Papierbedarfs für Meer und Tagespresse erwartet und eine Kontrolle stattfinden werde über die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen. Sedenfalls hatte diese Fabrik andre Lieferungen bisher bevorzugt. Die „Vossische Zeitung“ sah sich alsbald genötigt zu der Ergänzung, daß es den Papierfabriken freistünde, nach Ablieferung der Pflichtmengen für Seeresbedarf und Presse auch andre Papierarten herzustellen. Der Kohlenkommissar hat also nicht die ihm untergehobene Absicht gehabt, wiewohl es nach dem im Abschnitt VIII Gelagten ausbleibt, als ob Kohle und Rohstoffe den Papierfabriken so genau zugemessen werden, daß für andre Papiere keine Erzeugungskraft mehr verbleibt.

Am der Gefahr zu begegnen, daß wissenschaftliche Werke und Zeitschriften künstlich auf unstatistischem Papier gedruckt, Zeitschriften zusammengelegt und wissenschaftliche Veröffentlichungen nur dann zum Druck freigegeben werden, wenn eine Prüfungsstelle ihre Notwendigkeit anerkannt hat — wie es seitens verschiedener Kriegsamtsstellen schon bei andern Druckaufträgen insofern geschieht, daß ihnen der dafür erforderliche Papierbedarf vorher angemeldet werden muß von der Papierhandlung —, ist vom Vorstande des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler eine Eingabe gemacht worden. Daß der Buchhandel sich keiner Haut zu wehren weiß, ist ja bekannt. So geschieht es in diesem Falle, indem den angeprochenen Stellen für die Ausbringung der notwendigen Materialien ein Wink

mit dem Saunpfaße gegeben wird, wo gepart werden kann, nämlich:

wenn nötig auf Kosten jener unzähligen kleinen Tagesblätter, die alles wiederholt Gesagte nochmals wiederholen, oder auf Kosten der Blätter, die mehrmals täglich das Neueste bringen, im wesentlichen aber dem Unterhaltungsbedürfnis Unzähliger, nicht aber der Fortschritt und Belehrung der Besten der Nation dienen.

Wenn ein Major vor eilichen Monaten einem süddeutschen Amtsblatverleger in einer Urlaubsangelegenheit abschlägig antwortete, „da an einem kleinen Zeitungsverleger das Vaterland kein Interesse hat“, so ist eine solche soldatische Ungeschicklichkeit noch zu ertragen. Sie wendet sich aber die Ständesvertretung des deutschen Buchhandels an eine Reihe von Behörden und spricht dabei der kleinen Presse in Wahrung des eigenen Interesses rücksichtslos die Erstienberechtigung ab. Das bringen auch nur die Buchhändler fertig! Die Entgegnung des „Zeitungsverlags“ darauf ist so ausführlich und derb, wie man es von dieser Stelle sonst nicht gewohnt ist. Nur diesen kleinen Ausschluß daraus:

Von der Aufgabe, die heute der Tagespresse gestellt ist, und die zur Zeit am Ende lebenswichtiger für das Geschick unsres Volkes ist als die Hinausschiebung des Erscheinens manches dicken „wissenschaftlichen“ Wälers, hat der Vorstand des Börsenvereins offenbar keine Ahnung. Eine überflüssige Tageszeitung gibt es nicht, denn jede solche würde aus Mangel an Lesern und Interessen schnellstens eingehen. Dazu hat die Eingabe sehr einseitig die Wissenschaft herausgeriffen, um die Einschränkung der Selbstbelieferung für den Buchverlag möglichst bedenklich erscheinen zu lassen. Es gibt aber auch noch viel andre Literatur als wissenschaftliche, und wir stellen mit Rücksicht auf sie und auf die Papiervergebung, die der deutsche Buchverleger von jeher, auch bei billigeren Preisen und nicht gekannter Knappheit, getrieben hat, wiederholt und erweitert die Fragen, die wir hier schon einmal kurz angeklüffelt hatten: Wie groß mag der Prozentsatz von Makulatur sein, die der deutsche Buchverleger im Frieden bewußt produziert?

Eine derartige Knabalgerei ist kein erbaulicher Anblick, aber wie Not Eisen bricht, so läßt die Papiernot zu Mitteln greifen, die nicht mehr schön sind, jedoch ein sprechender Ausdruck dafür, wie schlimm es hier steht.

### X. Theorie und Praxis in der Papiererparnis.

Auch im „Korr.“ ist wiederholt erwähnt worden, mit welchem Nachdruck seit Monaten auf übertriebene Sparsamkeit im Papierverbrauche gedrungen wird. Die Zentralstellen in Berlin wie die Ministerien überließen sich förmlich in Anweisungen und Verfügungen darüber. Gegen diesen Eifer ist gar nichts zu sagen. Der Über sind jedoch hier so viele und so große, daß schon mit der Aufzählung der dräuslichsten Widersprüche zwischen Theorie und Praxis der Konflikt mit dem Raume gegeben wäre.

Das unheimlich ausgemachene Formularwesen in der Volksernährung läßt von der Papiernot nichts erkennen. Sichtlich der Lebensmittelfarten hat sich ein Riesenverbrauch ergeben, der in der Umrechnung auf eine Haushaltung mit 1,3 Pfd. Papier jährlich nur eine Ahnung von seinem wirklichen Umfang zuläßt. Jetzt soll nun eine Vereinfachung eintreten. Wenn man nicht so viel überflüssige Karten — weil gar nicht verwendbar — ausgeben und nicht so häufig eben erst herausgebrachte durch angeblich notwendig werdende neue ersetzen würde, könnte Papierstoff schon zu Bergen erspart werden.

Vorchriften über die Größe der Anzeigen waren von einem Generalkommando erlassen; eine Dienststelle sollte das Höchstmaß für Geschäftsinserate sein. Die Leitung des Zeitungsverlegervereins vermochte die Zurücknahme dieser Anordnung zu erreichen. Der Staatssekretär des Innern hat jedoch Ende Oktober der genannten Stelle bedeutet, es sei nicht in Einklang mit den Klagen über Papiernot zu bringen, wenn in Zeitungen und Zeitschriften Anzeigen (namentlich Todesanzeigen, Inserate von Kaufhäusern und Vergnügensanzeigen) in einer Aufmachung erscheinen, die nicht auf Papiermangel schließen lassen. Wenn nicht freiwillig die notwendige Beschränkung einträte, müßten doch noch Vorchriften über die Größe von Anzeigen erlassen werden. Man sieht, die Behörden wissen wohl, wie gepart werden kann — von andern. Die amtlichen Organe der Regierungstellen bieten nämlich überwiegend noch ein Bild direkter Raumvergebung. Am schlimmsten ist das wohl bei dem „Reichsgelehrblatt“, das in aller Unbestimmtheit sogar noch leere Seiten aufweist. Bei der Verbreitung gerade dieses fast täglich erscheinenden Organs müßte doch wohl ein Regierungsmann über den Anflug stolpern! Es wird jedoch nicht nur in Berlin zwischen Wort und Tat ein schreiender Widerspruch fertiggebracht. Vor eilichen Wochen ging uns aus Stuttgart eine sehrseitige Geberliste in ausnahmsweise großem Zeitungsformat zu, worin der kaiserliche Hilfsausdruck die Namen aufzählt von allen Personen, die ihr Scherkeil zur Unterstützung bedürftiger Familien von Eingezogenen befragen. Diese Listen werden den Stuttgarter Blättern von Zeit zu Zeit beigelegt, erscheinen also in sehr großer Auflage und erfordern demgemäß ein recht erhebliches Papierquantum. Daß diese Aufzählung in kom-

preßer Kolonel — nach 3/4 Seiten der erste Ausgang! — auf 17 Cicero Breite ein normaler Mensch steht, ist ganz ausgeschlossen. Aber die Papiererzeugung in Felddruckereien ein ander Mal, da über dieses Kapitel insolge eingelaufener weiterer Zuschriften sich noch ein besonderer Artikel notwendig macht.

Die Drucker und Zeitungsverleger dagegen bemühen sich nach Kräften nicht nur in der Papiererparnis, sondern auch in der Sammlung von Altpapier. In ihren Organen erscheinen sorgfältig Sinwelle und Aufforderungen — die Tagespresse kann wegen der Raumnot nicht eine kändige Übung daraus machen —, gebrauchtes Papier, ensbehrliche Reste; Bücher, Schriftstücke usw. nicht mehr fortzuwerfen, sondern in Sammelstellen abzugeben, damit es zur Herstellung neuen Papiers wieder verwendet werden kann. In Bayern gibt es seit dem vergangenen Jahre schon eine Landesammelfstelle von Seiten der Regierung. Der bayerische Kreisverein der Prinzipale beabsichtigt, beirksweise Sammelstellen aus den Buchdruckereien und Buchbindereien zu errichten oder hat das schon ausgeführt. So wird hier praktische Arbeit geleistet, während die Papiererparnis bei den Behörden zum Teil nur in der Einbildung besteht. Wenn allerdings das Buchdruck-, Zeitungs- und graphische Gewerbe diese Anstrengungen nicht anders gelohnt sieht, dann wird man leben, wie es ohne diesen guten Willen gehen muß. Denn wie auf der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins zu hören war, produzieren Papierfabriken des noch höheren Gewinns wegen in Spinnpapieren selbst weiß über den Seeresbedarf hinaus. Für diesen mammonischen Zweck mögen die Herren Fabrikanten sich aber selbst plagen.

### XI. Einschränkungen in der Ansichtskartenindustrie.

Die Hersteller und Verleger von Ansicht-, Genre-, Kunstpostkarten usw. sind vom Reichsausschusse für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung aufgefordert worden, in der Verwendung von Karten zu den gedachten Zwecken sich auf die Hälfte des jetzigen Verbrauchs zu beschränken. Um nach Möglichkeit einen Ausgleich zu schaffen, soll am 1. Januar an das Gewicht des Kartons auf 250 g für den Quadratmeter und die Größe der Karten auf 8 × 12 cm verringert werden. Die führenden Verbände der Postkartenindustrie haben sich damit schon einverstanden erklärt, außerdem hat Ende November eine allgemeine Versammlung der Hersteller und Verleger in Berlin stattgefunden. Durch freiwillige Vereinbarungen hofft man einem behördlichen Eingreifen vorbeugen, das jedenfalls noch kräftiger ausfallen würde und kollektiv doch kommt.

### XII. Die Zellstofffrage.

In Nr. 117 ist in ziemlich ausführlicher Weise von Dr. Kraemer, Vorleser des Reichsausschusses für Druckgewerbe, Verlag usw., auf der Prinzipsitzung in Heidelberg gehaltene hochbedeutende Vortrag über die Papierfrage weitergegeben worden. Dort kann man nachlesen, welche außerordentliche Wichtigkeit die Zellulose gegenwärtig für die Papierherstellung hat. Die Beschlagnahme der Zellulose und die Verteilung der Zellulose, die damals, d. h. zu Anfang September, im Angriff genommen wurden, scheinen nun auch nicht das heiß erhoffte Mittel zur Milderung der Papiernot geworden zu sein. Oder ob die neue Zellstoffverteilungsstelle den Verteilungsschlüssel gar nicht finden kann? Das sollte doch bei der Papierfabrikation, wenn alles mit rechten Dingen zugeht, nicht so schwer sein. Die in den vorhergehenden Abschnitten gegebenen Schilderungen von der Papierlage und die von der Kriegswirtschaftsstelle eröffneten Ausichten müßten eine hoffnungstreudigere Färbung haben, wenn alles klappen würde.

Die „Papierzeitung“ konnte Mitte November mitteilen, daß dem Börsenvereine der Deutschen Buchhändler auf dessen im Abschnitt IX behandelte Eingabe vom Kriegsamte geantwortet wurde, daß sich zur Zeit noch nicht übersehen lasse, in welchem Umfange Zellstoff für die Herstellung von Buchdruckpapier zur Verfügung stehen wird. Da jedoch noch im Laufe dieses Jahres mit der Einbuße größerer Zellstoffmengen gerechnet werden könne, scheint keine ernsthafte Gefährdung der Buchdruckpapierherstellung vorzuliegen. Der Erlaß einer Stoffmischungsverkhrift, wonach alles Buchdruckpapier zum größten Teil aus Holzschliff hergestellt werden soll, werde zur Zeit vom Kriegsamte nicht beabsichtigt. Es würde vielmehr den Buchdruckpapierfabriken ein Zellstoffkontingent zugewiesen werden, aus dem sie Buchdruckpapier in beliebiger Zusammensetzung herstellen können. Das klingt noch nicht so ungünstig, was aber Ende November im Betrage der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungs-gewerbe erörtert worden ist, scheint die vorstehende Zulassung wieder hinfällig zu machen.

Den Aufkauf von Zellulose im Zustande (Schweden) hat man sich zur rechten Zeit entgegen lassen; als daran gedacht wurde, hatten andre Länder das so gründlich getan, daß fast nichts mehr zu holen war. Zur Regelung der Zelluloseproduktion von Skanis wegen kam es auch in diesem Herbst nicht; man war froh, daß die Erzeugungs-

von August an etwas gehoben werden konnte. Das Kriegsamt wollte lerner, nachdem der Ernst der Situation endlich klar geworden war, dem Buchdruckgewerbe und der sonstigen Papierverarbeitung ein beträchtliches Quantum Zellstoff sichergestellt haben. Ende September beschloß der Vorstand der Zeitungsverlegerorganisation gegen die übertriebene Steigerung der Preise für Zellstoff Stellung zu nehmen. Die Reichstagsabgeordneten Dr. Jaeger, Dr. Marcour und Gerstenberger richteten an den Reichskanzler eine entsprechende Anfrage. Am 11. November wurde darauf geantwortet, zur Einführung von Höchstpreisen für Zellstoff, der zur Herstellung von Druckpapier Verwendung findet, liege keine ausreichende Veranlassung vor. Die Zellstofffabrikanen hätten sich bereit gefunden, während des Krieges zu billigen Preisen zu liefern! Die Reichsregierung steht also auf dem entgegengelegten Standpunkte wie die Zeitungsverleger, wird aber vielleicht mit Höchstpreisen dann kommen, wenn auch hier die Sache total verfahren ist. Die Schwierigkeiten mit der Zellstoff werden zur weiteren Verschlechterung der Papierverhältnisse ein reichlich Teil beitragen, wenngleich sie nicht allein maßgebend sind.

### XIII. Die neue Zuweisung von Papierholz für Zeitungsdruckpapier.

Für die Zeit vom 1. November 1917 bis 31. Oktober 1918 ist durch eine Verordnung des Reichskanzlers die Holzmenge zur Herstellung von Papier für die Tageszeitungen von 500000 auf 600000 Raummeter erhöht worden. Die Bundesstaaten haben nach einem bestimmten Umlageverfahren zu liefern. Hier ist mit 12 M. für geschältes und 10,40 M. für ungeschältes Holz pro Raummeter einschließlich der Transportkosten bis zum Abnahmewert ein Höchstpreis festgesetzt worden. Die höhere Überweitung ist zu begründen. Die Anordnung eines Höchstpreises mußte nach den Erfahrungen mit dem Holzwucher — an dem die staatlichen Forstverwaltungen sich munter beteiligen — kommen, bei der Zellstoff fehlt aber noch diese Erkenntnis. Ja, man ist klug und weise — das Kind muß erst im Brunnen liegen!

### XIV. Wahrscheinlichkeit der Kontingenzierung aller Arten von Papier.

Durch Bekanntmachung des stellvertretenden Reichskanzlers vom 20. September d. J. wurde eine Bestandsaufnahme aller Vorräte von Papier, Karton und Pappe bei sämtlichen Verbrauchern, (ausgenommen den Bezüglern von weniger als 1000 kg im Jahre 1916) angeordnet, die schon am 8. Oktober vorgenommen werden sollte und dann in jedem Monate bis zum nächsten weiter zu erfolgen hat. Es ist das wohl die umständlichste Aufnahme gewesen, die durch ihre Schnelligkeit außerdem Unwillen erregt hat. Die Einführung einer besonderen Buchführung für den Bezug und Verbrauch von Papier, Karton und Pappe folgte auf dem Fuße und macht die Belastung für die Verbraucher noch schwerer.

Nicht mit Unrecht befürchtet man in Druckereibestrebungen, daß es nun zur Kontingenzierung für alle Papierarten kommt. Die Kriegswirtschaftsstelle hat auf Anfrage zwar noch ausweichend geantwortet, aber zwischen den Seiten ist eine Bejahung zu lesen. Geht man diesen letzten Weg — er wäre nur wegen der durch die Kriegswirtschaftsstellen, die Papierfabriken und Händler aufgenommenen Eigenmächtigkeiten und dadurch geschaffenen Unsicherheit diskutierbar —, dann würde es eine große Frage sein, ob die Kriegswirtschaftsstelle dieser riesigen Aufgabe noch gewachsen ist. Man kann jetzt schon über die langsame Erledigung selbst ganz einfacher Angelegenheiten recht läche Wahrnehmungen machen. Die Eröffnung einer Zweigstelle in München zu Beginn des Oktober hat daran nichts geändert. Die Papierbewirtschaftung ist eine äußerst schwierige Sache geworden, daß sie so unbefriedigend sich gestalten würde, verschärft nur die Befürchtungen, wenn sie tatsächlich reiflos gemacht werden sollte.

### „Gute Druckpreise — hohe Löhne“

„Gute Druckpreise und hohe Löhne müssen die Lösung für die Zukunft sein, und dieser Weg muß bis zur vollen Erfüllung weitergegangen werden.“ Dieser Satz im Vortrage der Nr. 138 kann von jedem Berufsangehörigen nur unterschrieben werden. Die Ursachen dafür, warum es heute nicht so ist, das hier zu untersuchen, ist zwecklos. Wohl aber kann es von Nutzen sein, wenn auch wir Gehilfen bei sich bietender Gelegenheit den Finger auf die Wunde legen und sagen, was zu sagen ist.

Ein krasses Beispiel nur der letzten Tage — ich könnte sonst viele anführen — zum Kapitel der Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen durch die Kreisblätter ohne jede oder ausreichende Vergütung sei hier besonders der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Ort und Namen tun nichts zur Sache. In einer öffentlichen Bekanntmachung mahnt der Landrat die Landwirte zur Ablieferung von Hafer an das Meer, da dasselbe dringende Bedürfnisse daran habe. In dieser gratis auszunehmenden Bekanntmachung wird den Landwirten für die Ablieferung von Hafer vor dem

31. Dezember 1917 eine besondere Schnellkeilsprämie von 70 Mk. für die Sonne und für die Ablieferung vor dem 31. Januar 1918 eine solche von 30 Mk. für die Sonne zugesichert. Es liegt also im Interesse der Landwirte, den Hafer so rasch als möglich abzuliefern. Den Landwirten, die Hafer bis jetzt schon abgeliefert haben, wird die neu festgesetzte Preisprämie nachbezahlt, um sie nicht gegenüber den später Liefernden zu benachteiligen. Soweit die landbräuliche Sorge für den Geldbeutel der Haferliefernden.

Wir fragen, kann es noch weiter getrieben werden dieses behördliche Wohlwollen gegenüber den Landwirten? Ein merkwürdiger Patriotismus, der nur durch Prämien und Anreizpreise in Bewegung gebracht werden kann! Aber das ist eine Sache für sich und soll hier nicht weiter besprochen werden. Die Frage wäre hier so zu stellen: Warum soll der Buchdrucker die Bekanntmachung, in welcher den Landwirten ganz bedeutende Summen als Schnellkeils- und sonstige Prämien zugesichert werden, gratis aufnehmen? Ein krasser Widerspruch: auf der einen Seite ein Geben mit vollen Händen, auf der andern doch unbillige Verlangen umsonst zu arbeiten! Wenn die Bevorzugung der Landwirtschaft in den jetzigen Kriegsjahren zu einem noch größeren Privileg wie in Friedenszeit erhoben wird, so ist andererseits dadurch der Zeitpunkt als gekommen zu erachten, gegenseitige Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Lehnen Endes sind auch wir Gehilfen es, die unter solchen Verhältnissen leiden, und der eingangs dieses Artikels zitierte Satz „Gute Druckpreise und hohe Löhne usw.“ dürfte auch unter vorstehend geschilderten Verhältnissen Beeinträchtigung erfahren. Was den Kreisblattverlegern unter der Rubrik „kostenfrei“ alles aufgebürdet wird, grenzt ans Fabelhafte.

Nun wird man fragen, dies alles könnte eine starke Organisation der Zeitungs- oder Kreisblattverleger durch Eingaben an die betreffenden Stellen wohl ändern. In vielen Fällen wird wohl auch unser heutiges Gemeindegewaltrecht und die dadurch bedingte Zusammenfassung der Kreisräte vieles an diesen Zuständen verändere haben, und die Änderung der preußischen Wahlgesetzgebung wird vielleicht auch in dieser Beziehung manches bessern. Auf alle Fälle ist es eine merkwürdige Aussicht, wenn amtliche Stellen erklären, dafür ständen keine Mittel zur Verfügung. Dann müssen sie eben auf die Steuern umgelegt werden, wie man am Kreisetat so manchen Posten im Ausgabenetat aufgeführt findet, der weit weniger Berechtigung hat, auf die Allgemeinheit umgelegt zu werden. Ich könnte mit Beispielen dienen.

Ich glaube, auch vom Gehilfenstandpunkt an einem Beispiele von vielen gezeigt zu haben, wo der bessere Hebel angelegt werden könnte, um unsern Gewerbe diejenigen Grundlagen zu verschaffen, die zu gelunder Entwicklung desselben nötig sind. Als Mitkontrahenten der Tarifgemeinschaft haben auch wir Gehilfen die Pflicht, auf Mißstände im Gewerbe hinzuweisen und zu ihrer Beseitigung beizutragen.

Anmerkung der Redaktion: Im „Zeitungsverlag“ werden Unfertigkeiten, wie sie in diesem Anfinnen einer Gratisaufnahme sich immer noch häufig bemerkbar machen, in einer selbständigen Rubrik niedriger gehängt, um Besserung zu erzielen. Die von dem Artikelschreiber gewählte Gegenüberstellung spricht in der Tat Bände. Es muß aber leider gesagt werden, daß die bei den Behörden fast allgemein anzutreffende Meinung, daß man dem Drucker für gelieferte Arbeiten und dem Zeitungsverleger für Veröffentlichungen eine Bekleidungsbehandlung zuteil werden lassen kann, auf einen starken Autoritätsverlust in Druckern- und Verlegerkreisen gegenüber der völlig überhöhten Bureaukratie zurückzuführen ist. Diese alle Sünde kann und muß unter dem Drucke der Kriegsverhältnisse gründlich abgelegt werden. Wenn die Behörden ausgerechnet den Drucker und den Zeitungsverleger nicht für jede Arbeitsleistung nach Gebühr bezahlen wollen, dann sollen sie ihr Anliegen an jeder Straßenecke dem verehrten Publikum selbst bekanntgeben.

### Verbandsmitglied und Faktor

In Nr. 131 des „Korr.“ wird im Vortragsheft ein Thema über Faktoren gestreift, das nur zu berechtigt ist. Auch bei der jetzigen Steuererhöhung zeigt es sich wieder, daß die Faktoren „in der Luft hängen“, d. h. tariflich kein Recht haben, dasselbe zu verlangen, was die Gehilfen bekommen. Warum nicht? Zur Ehre der Herren Prinzipale nehme ich aber an, daß sie alle ihren Faktoren die neue Steuererhöhung gewähren. Denn bei Bemessung der Steuererhöhung auf die Drucksachen wird doch sicher auch an eine Erhöhung der Faktorengelälter gedacht sein.

Wie steht es nun mit den Faktoren, die Verbandsmitglieder sind? Der Verband zahlt für sie den Beitrag zur Tarifgemeinschaft, danach sind sie tariflich und schweben nicht in der Luft. Schreiber dieses ist bereits 40 Jahre Verbandsmitglied, weiß jedoch, daß er als Faktor nicht der Tarifgemeinschaft angehört. Der Prinzipal und der Gehilfe sind tariflich, aber beiseite nicht der Faktor! Ist das nicht zum Lachen? Ich befrage mich trotz alledem als tariflich und bin stolz darauf, es zu sein und — zu bleiben.

Wie denkt aber der Verbandsvorstand über diesen Zwiespalt? Er kann doch nicht ruhig zusehen, daß Mitglieder, für die Beiträge zur Tarifgemeinschaft gezahlt werden, tariflich rechtlos sind! Wenn ein Faktor Verbandsmitglied ist, so bietet er die beste Garantie, bei tariflichen Verhandlungen oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Prinzipal und Gehilfen den goldenen Mittelweg zu finden und alles zur beiderseitigen Zufriedenheit zu regeln.

Ich habe bei meinem Chef die Erfahrung gemacht, daß der Satz noch Geltung hat: „Ein gutes Wort findet einen guten Ort.“ Und das wird wo anders ebenso sein. Warum also die Faktoren von der Tarifgemeinschaft ausschließen? Es ist das doch glattes Unrecht.

Hoffentlich wird von den maßgebenden Stellen diese kleine Anregung einer wohlwollenden Prüfung unterzogen. Mögen sich die köstlichen Worte von Wilhelm Busch hier in gutem Sinne bewahren: „Erstens kommt es anders; zweitens, als man glaubt.“

F. M.

### Korrespondenzen

**Bezirk Aachen.** Die am Vortag in Aachen stattgehabte Bezirksversammlung erweute sich eines sehr zahlreichen Besuchs; infolge der erkrankten Teilnehmerliste hatte Dieren einen Vertreter entsandt mit dem Ergebnis der dort abgehaltenen Abstimmung zu dem Punkt „Aufhebung des Tarifbeitrags zur Bezirkskasse, eventuell rückwirkend vom 1. Oktober ab“. Nach Entgegennahme einer Reihe von Mitteilungen des Vorsitzenden und Erledigung des Kassenberichts für das dritte Vierteljahr leitens des Kassierers gelangte dieser Punkt, Antrag eines Mitgliedes, unterstützt von einigen Versammlungsgenossen, zur Verhandlung. Antragsteller begründete ihn damit, daß der Sonderbeitrag zur Unterstützung der Familien einberufener Kollegen, bisher 90 Pf. wöchentlich, auf unrichtigen Voraussetzungen aufbaue; die Familienunterstützung sei Sache des Staates, und die seitens der Kollegen gegebenen Beiträge seien der eignen Familie entzogen. In der eingehenden Besprechung fand der Antrag nur geringe Unterstützung, vielmehr wurden die Beweggründe von einer Reihe von Rednern als völlig unrichtig zurückgewiesen. Der Antrag wurde zurückgezogen zugunsten eines von anderer Seite gestellten Vermittlungsantrags, den Beitrag um 50 Pf. und demgemäß auch die Unterstützung zu ermäßigen; auch dieser fand bei der Abstimmung nur zehn Anhänger. So konnte der Vorsitzende zu dem Ergebnisse seiner Freude Ausdruck geben, daß der Bezirk Aachen es auch lerner, bis zum doch hoffentlich baldigen Kriegsende, als Ehrenkasse anleben will, für die Unterstützung der Familien seiner eingezogenen Mitglieder nach besten Kräften mit zu sorgen. Darauf hielt Gauvortgeber Albrecht einen Rückblick auf die Verhandlungen des Tarifauschusses. In lichtvollen Darlegungen gab er Ergänzungen zu dem Berichte des Verbandsorgans. Besonders wertvoll waren seine Anregungen und Schlussfolgerungen aus den Verhandlungen für die Zeit nach dem Kriege. Die Ausführungen wurden mit großem Dank und Beifall aufgenommen, denen der Vorsitzende Worte lieb. Die Versammlung fand nach vierstündiger Dauer mit dem Wunsch, daß es die letzte Kriegsvorversammlung gewesen sein möchte, und einem beifolgernden Hoch auf den Verband ihren Schluß.

**Wille (Nordfrankreich).** Seit langem begien die hier zu den verschiedenen Formationen kommandierten selbstgrauen Buchdrucker den Wunsch, sich zu ver sammeln, um bei einem Glase Bier Erinnerungen miteinander zu tauschen und Nachrichten von der Organisation zu erhalten. Kollege Nepeck (Frankfurt a. M.) lud nun zu einer Zusammenkunft am 24. November im heiligen Soldatenheim ein und hatte die Freude, einige 30 Kollegen begrüßen zu können. Kurz wies er auf allerlei Wissenswerkes aus dem Verbandsleben hin und hatte Mühe, die vielen Frager zu befriedigen. Sangesfreudige Kollegen gaben der Zusammenkunft die Welthe, echter Buchdruckerhumor währte sie. Nach einer Blickaufnahme fand diese erste Zusammenkunft deutscher Buchdrucker in Wille ihr Ende.

### Rundschau

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern untrer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Felix Anders (Breslau), Karl Krauß und Will Salz (Duisburg), Wilhelm Müller und Gustav Schulze (Göttingen), Wilhelm Hoffmann (Bad Kreuznach), Ernst Günther (gutek in Bimplitz bei Bern), Otto Göhr, Richard Klehe und Otto Wiesenberg (Weipitz), J. Bäumer und Wilhelm Sanning (Münster i. W.). Damit haben bis jetzt 4692 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerverarbeiter. In Kaufbeuren wurden durch die Bemühungen eines Kollegen, der dem Lebensmittelausschuß als Mitglied angehört, die Buchdrucker als Schwerarbeiter anerkannt. Sie erhalten dadurch eine monatliche Zulage von 4 M., und 200 g Schwarzbrot sowie eine Ration von 250 g wöchentlich. — In Stade sind die Buchdrucker als Schwerarbeiter anerkannt und erhalten neben erhöhter Kartoffelration eine Brotzulage von wöchentlich 400 g. Vorher erhielten sie außerdem 50 g Fleisch und 25 g Fett wöchentlich. Die beiden letzteren sind ihnen jedoch seit drei Monaten entzogen worden, da diese hier dort Schwerarbeiter erhalten. — In Krefeld, wo die Regelung der Ernährungszulagen bisher sehr unzufriedenlich (nach Postgebetären erfolgte, erhielten die Buchdrucker nunmehr bis auf wenige Ausnahmen die Schwerarbeiterzulage.

Brand der Deutschen Nationalbibliothek in Gotha. Wie wir der Tagespresse entnehmen, ist die Deutsche Nationalbibliothek in Gotha, die größte Sammlung von Werken über die deutsche Kultur, Eigentum des Deut-

bundes, durch Feuer vernichtet worden. Der Schaden ist großenteils unerlässlich.

**Papiererpapier an Lebensmittelkarten.** Im Interesse der Papiererpapier hat das Kriegsernährungsamt angeordnet, daß vom 24. Dezember 1917 ab die Fleischkarten in einer wesentlich kleineren Größe als bisher zur Ausgabe gelangen. Das Mittelfleisch wird auf die Größe 4,5 x 4,5 cm, die einzelne Marke auf 1,5 x 1,5 cm beschränkt. Die Kinderkarte wird entsprechend verkleinert. Die hierdurch ersparne Papiermenge beträgt bei Übernahme einer Ausgabe von 40 Millionen Karten in vier Wochen 4,4 Millionen Quadratmeter und im Jahre 57,2 Millionen Quadratmeter Papier. Im übrigen ist an der Karteneinrichtung, insbesondere dem Mittelfleisch, das zu verschiedenen Zwecken, insbesondere Namensdruck, Eintrag des liefernden Fleischers, der Nummer der Kundenliste und dergleichen, gebraucht wird, festgehalten worden. Schon früher hergestellte Karten nach der bisherigen Größe dürfen noch aufgebraucht werden. Eine Verkleinerung der Reichsreisebroschüre in ähnlichem Sinn ist im Gange.

**Artur Stadthagen** †. Reichstagsabgeordneter Stadthagen (Berlin) ist am 5. Dezember, 60 Jahre alt, einem langjährigen Lungenleiden erlegen. Der Verstorbene hat durch seine parlamentarische und mehr noch durch seine schriftstellerische Tätigkeit der Arbeiterbewegung zu dienen gesucht. Sein in hoher Auflage erschienenes „Arbeiterrecht“, das dem gewerblichen Arbeiter die Möglichkeit erleichtert, die ihm aus dem Arbeitsvertrag und aus der sozialpolitischen Gesetzgebung erwachenden Rechte kennen zu lernen und selbständig wahrzunehmen, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Als Abgeordneter vertrat Stadthagen einen der größten Reichstagswahlkreise (Potsdam-Niederbarnim).

**Teuerungszulagen und Vertragsverlängerung im Baugewerbe.** Der Arbeitgeberbund im Baugewerbe hatte, wie wir seinerzeit berichteten, es rundweg abgelehnt, mit den drei baugewerblichen Arbeiterverbänden über die Gewährung einer neuen Teuerungszulage zu verhandeln, obwohl solche Verhandlungen bei den letzten Vertragsverlängerungen für den Fall steigender Teuerung vorgezogen worden waren. Man ließ sogar durchblicken, daß selbst eine Einladung der Vertragsparteien zu Verhandlungen durch das Reichsamt des Innern zwecklos sein würde, da der Arbeitgeberbund unter allen Umständen auf seinem ablehnenden Standpunkte verharren müßte. Das veranlaßte das Reichsamt des Innern Anfang Oktober zu der Erklärung, daß es angesichts der Haltung des Arbeitgeberbundes zu seinem Gebahren nicht in der Lage sei, zu einer gemeinsamen Verhandlung der Vertragsparteien über eine neue Teuerungszulage einzuladen. Diese Haltung des Arbeitgeberbundes rief unter der Bauarbeiterchaft starke Erregung hervor. Verschiedentlich kam es zu Arbeitseinstellungen, um den Arbeitgeberbund von seinem ablehnenden Standpunkt abzurufen. Viele Arbeitseinstellungen führten in einzelnen Orten dazu, daß die Gewerkschaften auf die mit höchstschmerzlichen wirtschaftlichen Interessen einen Druck ausübten, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, und daß auch einzelne Kriegsämter sowie einzelne Orts- und Bezirksarbeiterverbände an zentraler Stelle auf Verhandlungen über Gewährung einer weiteren Teuerungszulage drängten. Dies, und wohl auch die Einwirkung des Reichsamts des Innern, veranlaßte dann den Vorstand des Arbeitgeberbundes, seine

früher ablehnende Haltung aufzugeben und sich mit neuen Verhandlungen einverstanden zu erklären. Bei diesen am 14. November in Berlin im Reichsamt des Innern gepflogenen erneuten Verhandlungen erklärte der Arbeitgeberbund, daß er weitere Zugeständnisse nur dann vornehmen könne, wenn sich die Arbeiterverbände sofort zur Verlängerung der Tarifverträge um ein weiteres Jahr, bis 31. März 1919, bereit erklärten. Die Vertreter der Bauarbeiterverbände lehnten die Vertragsverlängerung nicht grundsätzlich ab, verlangten dafür aber die sofortige Bewilligung einer weiteren Teuerungszulage von 20 Pf. die Stunde sowie die mindestens teilweise Umwandlung der bisher gezahlten Teuerungszulagen in festen Stundenlohn und schließlich die Garantie, daß bei weiterer Steigerung der Teuerung weitere Zulagen gewährt würden. Der Arbeitgeberbund lehnte die Umwandlung der Teuerungszulagen in festen Stundenlohn rundweg ab, bewilligte aber nach längerem Verhandeln eine neue Zulage von 15 Pf. die Stunde in drei Stufen: 7 Pf. am 1. Dezember, 4 Pf. am 1. April und 4 Pf. am 1. Juli nächsten Jahres. Die über die bisherigen tariflichen Zulagen hinaus gezahlten Zulagen, die sich die Arbeiter an einzelnen Orten oder auf einzelnen Arbeitsplätzen aus eigener Kraft errungen hatten, sollten auf die jetztige Zulage angerechnet werden. Da eine Einigung auf dieser Grundlage nicht möglich war, wurden die Verhandlungen abgebrochen und neue Verhandlungen auf den 27. November anberaumt. Die neuen Verhandlungen fanden im Reichswirtschaftsamt statt. Sie gestalteten sich sehr schwierig und dauerten drei Tage. Schließlich kam aber doch eine Vereinbarung zustande, wonach die Tarifverträge um ein Jahr verlängert werden und die Bauarbeiter in zwei Stufen eine neue Teuerungszulage von 15 Pf. die Stunde erhalten. Davon sind 10 Pf. vom 10. Dezember an und 5 Pf. vom 1. April nächsten Jahres an zu zahlen. Die über die bisherigen tariflichen Zulagen hinaus gezahlten besonderen Zulagen dürfen auf die neue Zulage nur insoweit angerechnet werden, als über die Anrechnung besondere Vereinbarungen bestehen oder soweit sie erst vom 1. Oktober d. J. an gewährt worden sind. Und auch hier ist die Anrechnung nur bis zur Höhe von 10 Pf. zulässig; die am 1. April n. J. fälligen 5 Pf. sind nicht anrechnungsfähig. Festgelegt worden ist außerdem, daß beide Parteien vom 1. Oktober n. J. an zu neuen Verhandlungen über eine weitere Zulage verpflichtet sind, wenn von Juni bis Oktober eine wesentliche Steigerung der Teuerung eintreten sollte. Diese Festlegung soll das Reichswirtschaftsamt treffen. Die neue Vereinbarung soll in Kraft treten, wenn der Arbeitgeberbund bis 10. Dezember sein Einverständnis damit erklärt, und wenn auch die Instanzen des Bauarbeiterverbandes die Erklärung abgeben, daß sie auf ihrem Mitte März n. J. abzuhaltenden Verbandstage für die Annahme der Vereinbarung eintreten wollen.

**Volksbund für Freiheit und Vaterland.** Die Gründungsversammlung dieses Bundes fand am 4. Dezember in Berlin statt. Es handelt sich dabei um einen inoffiziellen, jedoch größter deutscher Wirtschaftsverbände. Zum ersten Vorsitzenden wurde Professor Dr. C. Franke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, gewählt. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden Reichstagsabgeordneter Bauer (zweiter Vorsitzender der Generalkommission), zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Generalsekretär Segerwald. Neben dem aus neun Personen bestehenden Vorstand wurde ein Arbeiterbeirat und ein Ausschuss eingeleitet. Der Volks-

bund, der eine Verbindung von auswärtiger und innerer Politik auf vollständig freier Grundlage anstrebt, wird sich in nächster Zeit mit einem Aufruf an die weiteste Öffentlichkeit wenden.

### Gestorben.

In **Magdeburg** am 4. November der Redakteur Hans Münch aus Gauschlag, 48 Jahre alt — Herzschlag.  
In **Berlin** am 25. Oktober der Seher Gustav Holzappel aus Hannover, 35 Jahre alt — Lungenerkrankung.  
Am 7. November der Seherinvalide Wilhelm Dhnefjorge aus Güterberg, 71 Jahre alt — Altersschwäche; an demselben Tage der Seherinvalide Max Remus aus Berlin, 31 Jahre alt — Wasserhuf und Tuberkulose; am 3. November der Seher Emil Skapprolatis aus Berlin, 51 Jahre alt — Gehirnerschlag.  
In **Bremen** am 5. November der Buchdruckermeister August Gathe, 82 Jahre alt.  
In **Bären** der Buchdruckermeister Otto Stendel, 64 Jahre alt.  
In **Kassel** am 15. November der Seher Otto Kramer aus Chermühl — Schwindsucht.

### Briefkasten.

**J. F. in A.:** Für freundliche Mitteilungen besten Dank; ist ja guter Erfolg so. — **A. S. in Br.:** Auch Ihre Informationen verdienen wir dankend, und von der sehr guten Aufnahme des Ortsvereins Magdeburg — der Verband kommt ganz wider Willen zu Annexionen — wollen wir die genannte Verwendung machen. — **Koch S.:** Daß die Zeitungsverlegervereine nichts zu tun hat, den tariffreien Herrn Harten in Saarbrücken zum ersten Vorsitzenden wählen konnte, ist ein starkes Stück. Find sich niemand, der diese Entgleisung zu verhindern vermöchte? In S. gibt es doch Zeitungsverleger, die ein besseres Ansehen genießen im Zeitungs- und Buchdruckerberufe als jener Herr. — **M. in B.:** Ist aufgenommen. — **S. W. Schl. 1:** Diesmalige Beilage soll einer besonderen Verwendung unterzogen werden. — **S. Was Paulum in der nachträglichen Zuschrift kann einen in helle Empörung versetzen. Es heißt doch noch, daß die Büchsenarbeiter auch zu beabsichtigt werden! Wenn die Büchsen doch ja nicht zu kurz kommen. Die Welt wird fräuriger mit jedem Tag, und die Ungerechtigkeit geht ins Ungeheure. — **W. S. in Karlsruhe:** 3,20 Mk. — **K. G. in Gießen:** 95 Pf.**

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 191.

### Adressenveränderungen.

**Torgau.** Vorsitzender und Kassierer: Franz Lenz, Schloßstraße 16.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse:  
Im **San Dresden** der Seher Hermann Köhler, geb. in Leipzig, Geburtsjahr 1877, ausgl. in Leipzig 1895; war noch nicht Mitglied. — **S. Steinbrück** in Dresden, Maßfädenstraße 7 I.

### Veranstaltungskalender.

**Breslau.** Versammlung Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Hohenzollernpark“, Taschenstraße 10/11.  
**Burg b. M.** Generalversammlung Sonnabend, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, im „Gemeinschaftsbaus“, Oberstraße 43.  
**Dresden.** Korrektorenversammlung Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags pünktlich 5 Uhr, im Restaurant „Zum Gensefelder“, Kaulbachstraße 16.  
**Erfurt.** Versammlung Sonntag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Fisch“. —  
**Magdeburg.** Versammlung Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in der „Reichsstraße“, Jakobstraße. Anschließend, 6 1/2 Uhr, Ehrung der Verbandsschuljahr.  
**Potsdam.** Generalversammlung heute Sonnabend, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schade, Mayener Straße, Ecke Junkerstraße.

**Tüchtige Seher und Maschinenmeister**  
(auch Kriegsbeschädigte) sofort gesucht. [523]  
Fr. Witz, Ruhfus, Dortmund, Königsplatz.

**Werkseher, Akzidenzseher einen tüchtigen Aufräumer**  
(auch Kriegsbeschädigte) suchen [531]  
Bär & Hermann, Leipzig, Kurprinzstraße 17.

**Maschinenmeister Typograph- und Monotypeseher, Akzidenzseher, Werkseher und Stereotypseher** [425]  
jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. Oscar Brandstetter, Leipzig.

**Schriftseher und Maschinenmeister**  
sofort gesucht. [503]  
Meyer & Wittig, Leipzig, Sobte Straße 1.

**Handseher und Linotypseher**  
gesucht. Angebote mit Gehaltsforderungen schriftlich erbeten. [522]  
Julius Sittenfeld, Buchdruckerei, Berlin W 8, Mauerstraße 43/44.

**Typographseher**  
gesucht. [539]  
„Singsau-Bote“, Überlingen.

**Tüchtiger Werkdrucker**  
sucht Stellung in Berlin. [532]  
Kuffeld, Pankow, Maximilianstraße 12a.

**Seherstereotypseher**  
für Nach- und Rundstereotypseher gesucht. [516]  
„Bauhener Nachrichten“, Bahren.

**Seherstereotypseher Akzidenz- u. Tabellenseher** [485]  
sowie mehrere

**Buchdruckmaschinenmeister**  
(auch Kriegsbeschädigte) für Autotypseher, Werk- und Plattendruck, vertraut mit Bogenanleger, in dauernde Stellung gesucht. [485]  
R. Neumeyer, Posen, Wilhelmstraße 24.

**MonoTypographie**  
oder Schriftseher, der sich als solcher ausbilden will, gesucht. [535]  
Buchdruckerei Ed. Ring, Düsseldorf.

**Graphische Fachklassen**  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

**Maschinenseherausbildung**  
Sonderkurse an Typographiemaschinen **Sandwerker- und Kunstgewerbeschule**  
Abteilung Graphische Fachschule — **Barmen**

**Wie soll ich zurückfragen?**  
zum Aufbau der Zurücklegung in allen Druckarten. 112 Seiten, Text mit 21 Abb., u. 20 Tafeln. Preis geb. M. 1,70 portofr. v. Verfr. M. Ruch, Stuttgart, Ludwigsstr. 20.  
Rauchs Bogenabnehmer fördert die Stellung und verhindert Unfälle an der Ziegelpresse. 80 Pf. portofr.

Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich meines fünfzigjährigen Berufsjubiläums sage ich allen, die meiner gedenken, [538]

**innigsten Dank!**  
Theodor (Hollstein), Karl Gehl.

Wiederum hat uns das gewaltige Wälteringen Verlies gebracht. Es erlitten den Tod die Kollegen [537]

**Hermann Haarland Martin Runge Ernst Kropp**  
aus Offen.  
Wir werden diesen Kollegen ein ehrendes Gedenken bewahren.  
Offener Buchdruckerverein.

Kaum haben wir in Gedanken den Verlust eines braven Kollegen angenommen, da ereilt uns wiederum die Trauerbotschaft, daß am 16. November, unter lieber Freund und Vorstandsmitglied, der Akzidenzseher [534]

**Sens H. Anderjen**  
sein junges, hoffnungsvolles Leben auf der Wahlstatt lassen mußte.  
Wir verlieren in ihm einen tüchtigen, lebenswichtigen, stets hilfsbereiten Kollegen und ehrligen Förderer der Berufsverbände. Sein reiches Wissen für unsre Sache ist auf die Entwicklung des B. D. F. G. nicht ohne Einfluß geblieben. Ein dankbares, ehrendes Gedenken werden wir ihm jederzeit bewahren.  
Leipzig, 4. Dezember 1917.  
Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften (Stb. Leipzig).  
Typographische Vereinigung Leipzig.

Wiederum hat uns der Weltkrieg einen lieben Kollegen entziffen. Der Seher [538]

**Sens Anderjen**  
aus Tondern wurde am 16. November durch eine Mine erschlagen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. [540]  
Die Kollegen der Buchdruckerei Bernhart Meyer (Nach Feierabend), Leipzig.

Wieder forderte der Weltkrieg einen der Besten aus unsern Reihen. Als drifter aus unserm kleinen Ortsvereine fiel unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [533]  
**Karl Weil**  
Unterschiedler, Inhd. des Vornern Kreuzes und der Silbernen Verdienstmedaille aus Bismarck.  
Wir betrauern den Tod dieses braven Kollegen aufrichtig und werden seiner immer ehrend gedenken.  
Ortsverein Trossingen.

Am 2. Dezember verschied nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser lieber Kollege und langjähriges Mitglied, der Seher [536]

**Emil Jost**  
aus Pforzheim, im Alter von 52 Jahren. Während seiner 28jährigen Mitgliedschaft hat er sich die Liebe und Achtung der Kollegenschaft innerhalb und außerhalb des Geschäfts erworben. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
Ortsverein Karlsruhe.  
Gesangverein „Typographia“ Karlsruhe.  
Die Kollegen der Radioischen Buchdruckerei.